

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14 Inselstr. 8a Fernruf: P 7. Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 40460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 100 A

BERLIN • Freitag, den 29. April 1932

I JAHRGANG

### Die französischen Wahlen. Die Chancen der französischen Linken.

Von Minna Specht.

„Alles ist ruhig. Indessen, man kann nichts voraussehen.“ Diese Worte von HERRIOT, dem Führer der Radikalsozialisten, die auch der „Temps“, das Blatt der Rechten, noch am 25. April unter Zustimmung abdruckte, geben die Wahlstimmung wieder, die in Frankreich bis zum Ende der vergangenen Woche herrschte.

In Deutschland wird man vermuten, daß es mit der Ruhe nach dem Ausgang der deutschen Landtagswahlen vorbei sei. Der „Temps“, der am Montag jenes Wort von HERRIOT zitierte und den preußischen Landtagswahlen einen Leitartikel widmete, hatte an diesem Tage noch nicht die deutschen Wahlergebnisse. Trotzdem — und das wollen wir hier gleich zu Anfang allem hetzerischen Chauvinismus gegenüber festhalten — die französischen Kammerwahlen (die den deutschen Reichstagswahlen entsprechen) werden nicht in erster Linie unter der Parole geführt: Wie schützt sich Frankreich gegen Deutschland? Und erst recht nicht unter der Parole: Kampf dem Deutschland der Nationalsozialisten! Aufmerksame Beobachtungen von unserer Seite haben bis heute immer wieder den Eindruck verstärkt: **Die Kampagne fast keine Rolle.**

Wie ist das zu verstehen? Nun, es geht in Frankreich so wie in den meisten übrigen Ländern auch: das Hemd ist den Franzosen näher als der Rock. Außenpolitik tritt immer erst dann auf den Plan, wenn die Schlagzeilen der Zeitungen bereits von der „Zuspitzung der Lage“ reden, mag sie unmittelbar auf militärischem Gebiet liegen oder auf finanziellem, z. B. dem der Reparationen. Die Wirtschaftskrise in Frankreich, die Löcher im Budget, der Heeresetat, die Auseinandersetzung zwischen Reaktion und Sozialismus, das alles steht im Vordergrund des französischen Wahlinteresses. Die Rechte verteidigt unter TARDIEU die bisherige konservative Innenpolitik, die Linke greift an, die Mitte, unter HERRIOT, behält sich vor, eine Koalition nach rechts oder links zu ermöglichen, je nach dem Ausgang der Wahl.

Trotzdem haben Reparations- und Abrüstungsfragen natürlich eine Bedeutung, wie schon daraus zu ersehen ist, daß TARDIEU nur noch mit ärztlichem Attest aus Genf fortbleiben konnte, wo BRÜNING sehnlich auf ihn wartete. Wir müssen uns aber — gerade auch auf Grund dieser Absage — klarmachen, daß das Urteil der Franzosen über Deutschland seit langem festliegt, daß das Hin- und Herreden der deutschen Außenpolitik zwischen dem Kurs einer Locarno-Politik und den Methoden einer Eichenlaub- und Schwerer-Praxis dieses Urteil nur verschärft. Die französischen Parteien glauben alle — und das mit Recht —, daß der militärische Geist in Deutschland die Oberhand hat. Darüber bedarf es bei ihnen keiner parteimäßigen Auseinandersetzungen; Meinungsverschiedenheiten bestehen nur hinsichtlich der Methode, den deutschen Militarismus zu bändigen, ob durch die internationale Polizeiarmerie des Völkerbundes, wie es die Rechte vorschlägt, oder durch allgemeine Abrüstung, wie es die Linke vertritt.

Das Ergebnis der deutschen Landtagswahlen mit dem Anstieg der HITLER-Partei hat daran, so erstaunlich das klingt — so kränkend das für GOEBBELS sein mag — relativ wenig geändert. Der „Figaro“, das bekannte Rechtsblatt, schreibt: „Die Lehre (des 24. April) ist für die französischen Wähler des kommenden Sonntags klar und präzise. Sie werden wissen, an wen und an was sie unser Land ausliefern würden, wenn sie für die Anarchie im Innern und die Entwaffnung bei diesem Zustand der äußeren Unsicherheit stimmen würden!“ Kein neuer Ton: denn gegen die „Anarchie der Sozialisten“ und gegen die Abrüstung hat dieses Blatt auch schon vor dem 24. gekämpft. Der „Temps“, das französische Regierungsblatt, schreibt in dem Leitartikel über „die Ergebnisse der Preußenwahl“ kein Wort zur französischen Wahl, nur am Schluß das Urteil

## AK-vormals SA.

### Neue Waffen des Faschismus.

L. Rgb. Mitte April erschien in einigen extrem rechtsstehenden Zeitungen des Ruhrgebietes, so in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ und in der Essener nationalsozialistischen „Nationalzeitung“ ein Aufruf, der zum Anschluß an die eben gegründete Antikommunistische Liga aufforderte. In dem Aufruf, den auch HUGENBERGS Telegraphen-Union verbreitete, heißt es:

„Deutsche Männer und Frauen! Wiederum hat die Reichsregierung, gedrängt von der schwarz-roten Koalition in Preußen, zu einem Schlage gegen die nationale Opposition ausgeholt. . . . Jetzt hat man einen der letzten Schutzwälle eingerissen, die Deutschland von der Gefahr des Kommunismus sichern. Diese Vorgänge erfüllen uns mit tiefer vaterländischer Sorge. . . . Es hat den Anschein, als ob die Weimarer Parteien eine Stärkung des Kommunismus wünschen, um mit seiner Hilfe eine Regierungsbildung der Rechten in Preußen zu verhindern. . . .“

Die Liga soll den Kampf gegen den Kommunismus in schärferer Form auf überparteilicher Grundlage geistig und demonstrierend weiterführen. . . . Wir kämpfen für die Zukunft eines freien, geachteten und ehrbaren Deutschlands und für das Glück unserer Kinder. Helft alle mit, daß wir in dem entscheidenden Kampfe siegen!“

Unter den Unterzeichnern des Aufrufs ist der Leiter des „Funken“ der Oberst von GUISA, der „Sozialdirektor“ der Gutehoffnungshütte in Sterkrade, bekannt. Außer ihm haben unterzeichnet: drei weitere Direktoren und ein Betriebsführer aus der Industrie, der Verleger der schwerindustriellen „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, der Führer der Landesverbände Westmark und Westfalen des „Stahlhelm“, ein Pfarrer, ein Arzt und sieben Arbeiter, davon sechs aus Essen.

Die Essener NS-Zeitung veröffentlichte einen Tag, nachdem sie jenen Aufruf gebracht hatte, einen Aufruf des NS-Gauleiters an die „Parteigenossen, ehemaligen SA- und SS-Männer“. Er beginnt in deutlicherer Sprache, mit derselben Feststellung, wie der Aufruf der Liga:

„Durch das Verbot der SA und SS hat das heutige System, unmittelbar vor der großen Entscheidungsschlacht vom 24. April den Versuch gemacht, dem Nationalsozialismus wie der gesamten nationalen Opposition, eine der schärfsten Waffen im geistigen und demonstrativen Kampf gegen den Marxismus aller Schattierungen unbrauchbar zu machen.“

„Aus dieser Erkenntnis heraus stelle ich es den ehem. SA- und SS-Kameraden, wie allen Parteigenossen des Gau Essen frei, sich an dem Kampf der eben neugegründeten überparteilichen Antikommunisten-Liga unbeschadet ihrer weiteren Zugehörigkeit zur NSDAP, wie ihrer unverbrüchlichen durch nichts zu erschütternden Treue zu unserem Führer ADOLF HITLER organisatorisch und demonstrativ mitarbeitend zu betätigen.“

Anmeldungen haben zu erfolgen auf der Geschäftsstelle der Antikommunistischen Liga, Essen, Lindenallee 81, Fernruf Nr. 223 66.“

Uebrigens befindet sich diese Geschäftsstelle in der Wohnung eines NS.

Einer der irreführenden Arbeiter, die den Aufruf der Liga unterschrieben haben, ein fanatischer Nationalist, erzählte mir, er sei vor Jahren Funktionär in der Demokratischen Partei gewesen, dann habe er dem Jungdo angehört. Jetzt sei er Funktionär der christlichen Gewerkschaft und sympathisiere mit den NS. Von einem anderen Arbeiter-Unterzeichner des Aufrufs weiß ich, daß er Mitglied der NSDAP ist. Der christliche Kollege sagte mir noch: die Sache ginge natürlich von der NSDAP aus; man wolle einen Ersatz für die SA und SS schaffen, und zwar überparteilich als Parallele zum „Reichsbanner“; dann könne man die Liga nicht verbieten, ohne das „Reichsbanner“ ebenfalls zu verbieten.

Es ist sehr bemerkenswert, daß diese Wiedergeburt der SA gerade im Lande der Schwerindustrie vor sich geht. Als das SA-Verbot herauskam, schrieben wir im „Funken“:

über das deutsche Volk, daß es sich den Zufällen des Abenteurers überlasse, und die Mahnung an alle Nationen, vorsichtig zu sein bei Vereinbarungen mit einem Deutschland, das unter der doppelten Drohung des Hitlertums und des Kommunismus stehe, und das sich selber keine stabile Regierung zu verschaffen imstande sei. (So recht die Zeitung damit hat, so verkennt sie andererseits, daß der deutsche Nationalismus viel Nah-

### AUS DEM INHALT:

Kapitalistische Vorbereitungen zum 1. Mai.  
Tardieu versetzt die Kollegen.  
Japans Truppen „schaffen Ordnung“.  
Republik und NS Beamte.  
Prozeß Felseneck.  
Demokraten über die Demokratie.  
Selbsthilfe oder Selbstzerfleischung.  
Profitbeschaffung statt Arbeitsbeschaffung.

„Am undurchsichtigsten ist vorläufig die Frage, wie das kapitalistische Interesse bei dem SA Verbot auf seine Kosten kommt. Die kapitalistische Aufgabe der SA war: als Knüttelgardie gegen eine rebellierende Arbeiterschaft bereitzustehen. Weshalb verzichten die Kapitalisten jetzt auf diese Knüttelgardie?“

Nun: sie schaffen sich ihren Ersatz; einen Ersatz vielleicht, der sie weniger kostet als die SA. Denn wir brauchen es keineswegs als bloßen Witz aufzufassen, wenn der Aufruf die geistige Weiterführung des Kampfes gegen den Kommunismus ankündigt. Die geistige Waffe ist, wie schon der Aufruf zeigt, der Nationalismus. Die Anwendung dieser Waffe bietet jetzt, nachdem HITLER in jahrelanger Agitation Deutschland „von einem Ende bis zum anderen mit Nationalismus angefüllt“ hat, gute Chancen; überdies ist sie billiger als die Unterhaltung einer Bürgerkriegsarmee und hat außerdem den Vorzug, den Boden vorzubereiten und vorbereitet zu halten, auf dem man jeder Zeit rasch die Armee aufbauen kann, sobald dies für die Niederhaltung der gegenwärtig sehr geduckten Arbeiterschaft nötig sein sollte.

Vielleicht aber handelt es sich bei der neuen Liga sogar um ein bewaffnetes Unternehmen. Jedenfalls — ob nun mit geistigen Waffen oder, wie bisher, mit Schlagring und Revolver — hier liegt der Versuch vor, eine neue Organisation zur Bändigung der Arbeiter im Dienste der Unternehmer aufzubauen.

Welche bedeutenden Dienste der Nationalismus bei dieser Bändigung leisten kann, zeigen die sorgsam überlegten Pläne eben jenes Herrn von GUISA, Pläne zur Organisation neuer Gewerkschaften, die das Gefühl der Zusammengehörigkeit von Arbeitern und Unternehmern pflegen sollen, ohne jedoch den Anschein der Wirtschaftsfriedlichkeit, der Gelassenheit, zu erwecken. Wir teilten in Nr. 76 des „Funken“, vom 1. April, ein geheimes Rundschreiben mit, in dem Herr von GUISA seinen Kollegen den neuen Plan ausinandersetzt. Im Zusammenhang mit solchen Plänen sollte die Neugründung der Liga den „kämpferischen Argwohn“ der Arbeiter wecken. Wir können hier nur unterstreichen, was wir damals im Anschluß an GUISAs Pläne im „Funken“ schrieben:

„Es muß wieder gedankliches Gemeingut aller Gewerkschaftskollegen werden, daß es nur die Gemeinschaft der Kollegen gibt, und daß sie, wo sie noch nicht besteht, hergestellt zu werden verdient, und daß alle sonstigen Gemeinschaften, mögen sie Volks-, Werks- oder sonstige Gemeinschaften zu sein vorgeben, von der Arbeiterschaft beiseite geschoben werden müssen, wenn sie ihrer eigenen Befreiung nicht selber ein Bein stellen will. Dieses Gefühl der Verbundenheit der Kollegen, dieses Gefühl der Klassenverbundenheit aber wird durch nichts so sehr gefördert, wie durch Kämpfe der Kollegen gegen die andere Klasse, durch gewerkschaftliche und andere Kämpfe.“

aus dem Versailler Vertrag entnimmt, und daß dazu der Deutschenhaß CLERMENCEAUX, dessen nächster Mitarbeiter TARDIEU war, nicht wenig beigetragen hat.) In dem nachfolgenden Artikel, der den französischen Wahlen gewidmet ist, beantwortet der „Temps“ die Frage nach dem Stichwort dieser Wahlperiode. TARDIEU hat den Reaktionen die Parole gegeben: „Gegen den Sozialismus!“

„Die Wähler haben sich für oder gegen den Marxismus auszusprechen.“ Von dieser Entscheidung und von ihr allein werde die innere und äußere Politik Frankreichs abhängen.

TARDIEU hatte also gewiß nicht die Absicht, nach Genf zu fahren, um seine Wahlfreunde oder seine Wahlgegner nachher mit neuen Botschaften über Deutschland traktieren zu können. Er bewahrt anscheinend die bisher unerschütterte Ueberzeugung, daß in Deutschland Hindenburg und die Reichswehr die Politik bestimmen, eine Politik, die auch ohne Hirtz vom Nationalismus getragen wird, von einem nicht so tumultuarischen wie dem der NS, aber von einem nicht minder tiefgehenden und zu Taten drängenden. BRÜNING ist in diese Politik eingereiht. Es wird also ein stärkerer Beweis nötig sein als der Hinweis auf die Auflösung der SA, wenn BRÜNING Frankreich beruhigen will — das müssen sich alle diejenigen sagen, die von dem Verhandeln dieses Reichskanzlers eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erhoffen.

Wir, als Sozialisten, erwarten von diesem Unterhändler wenig. BRÜNING ist selber im Grunde seines Herzens Nationalist, und erst recht ist es die Mehrheit des deutschen Volkes, mit der er rechnen muß. Ist er in Genf zu europäisch, dann bereiten ihn morgen die Harzburger den Sturz, ist er zu nationalistisch, so werden sich die Franzosen ungerührt zurückziehen. Solange das Schicksal Frankreichs und Deutschlands in den Händen reaktionärer Regierungen liegt, ist die Harmonie zwischen den beiden Staaten bestenfalls der Waffenstillstand zweier Konkurrenten — weiter nichts.

Die Lösung — das Zusammenarbeiten beider Völker — kann nur von Sozialisten herbeigeführt werden, deren Internationalismus, wie LUNATSCHEWSKI einmal gesagt hat, „nicht die Vernichtung nationaler Beweggründe in der allgemeinen menschlichen Sympathie voraussetzt, wohl aber deren reiche und freie Ueber-einstimmung“.

TARDIEU hat also in einem Recht: es kommt in Frankreich — wie übrigens überall — auf die Auseinandersetzung zwischen rechts und links an, auf den Kampf um die Macht zwischen der Reaktion und dem Sozialismus. Der Wettlauf um die Kammerstimme spielt dabei nach unserer Ueberzeugung keine ausschlaggebende Rolle, nicht nur, weil die außerparlamentarischen Kämpfe des Proletariats zur Erlangung des Sieges entscheidungsvoller sind als der Handel um Ministeressel, sondern, weil selbst eine linke Mehrheitsregierung in einem kapitalistischen Staat, die nicht wenigstens mit den sozialistischen Organisationen der anderen Staaten sich verständigt, im allgemeinen nur dazu dient, den Sozialismus zu kompromittieren. Das beweist das isolierte Spanien unserer Tage; das hat das Kabinett HERMANN MÜLLER, und das haben auch die englischen Arbeiterregierungen zur Genüge bewiesen.

Ehe wir auf die sich hieraus ergebende Konsequenz eingehen, wollen wir mit einem Wort die augenblicklichen Parteiverhältnisse in Frankreich klarstellen.

Die Parteizersplitterung ist in Frankreich noch größer als in Deutschland. Von Bedeutung in diesem Wahlkampf sind aber nur die Parteien, die heute unter der Führung von TARDIEU, HERRIOT und LEON BLUM stehen, von TARDIEU, der die Rechte vertritt, von HERRIOT, dem Radikalsozialisten, der die bürgerliche Linke führt, und von LEON BLUM, dem Vorsitzenden der französischen Sozialdemokratie. Die französische kommunistische Partei spielt zur Zeit nur eine bedeutungslose Rolle.

Die Partei der französischen Sozialdemokraten, die in der kommenden Wahl gute Chancen hat, ist im Ver-

gleich zur deutschen Sozialdemokratischen Partei weniger reformistisch als diese; sie ist bis heute ihrem Grundsatz treu geblieben, nicht in eine Koalitionsregierung hineinzugehen; Männer wie PAUL BONCOUR, der Präsident des Völkerbundesrates, müssen ihre Reihen verlassen; sie ist antiklerikal; sie duldet eine Opposition, die ein eigenes Blatt: „La Bataille socialiste“. (Die sozialistische Schlacht) herausgibt. Aber auch sie hat ihren reformistischen Pferdefuß bereits mehr als einmal gezeigt. Die These, Frankreich solle in der Abrüstung vorangehen, ist von ihr preisgegeben worden. Auf die Bedrängnis des französischen Kohlenbergbaus hin hat sie den Antrag auf Erhöhung der Kohlenzölle eingebracht; die Arbeitslosenkrisis bekämpft sie mit der Kontingentierung der ausländischen Arbeiter. Sie ist eben — wie auch ihr eigentlicher offizieller Name sagt — eine Sektion der II. Internationale, deren friedliches Dasein dadurch garantiert ist, daß sich die ihr angeschlossenen Parteien so wenig wie möglich sehen und in Weltkriegen und Wirtschaftskrisen jede ihren eigenen Weg gehen.

Diese Schwäche ins Auge zu fassen, in der die sozialdemokratischen Parteien aller Länder stehen, ist lehrreicher — gerade auch bei der Betrachtung der heutigen französischen Verhältnisse — als etwa die Erörterung des lahmen Wahlprogramms der Partei, dessen Zahnheit ihr die Wähler aus dem Bauern- und Mittelstand zutreiben soll. Man überlege nur, welche Veränderung in der deutschen und französischen Politik einsetzen könnte, wenn die sozialdemokratischen Führer beider Länder, die in den Regierungen Einfluß anstreben oder ihn bereits besitzen, sich gegenseitig auch nur in der Frage der Ent-

militarisierung ihrer Länder und in der Frage der Reparationen geeinigt hätten und sich darin tatkräftig unterstützten; wenn BLUM sicher wäre, daß deutsche Sozialdemokraten keine Panzerkreuzer bewilligen, und deutsche Sozialdemokraten darauf rechnen könnten, daß BLUM sich nicht über die Reparationen ausschweigt, sondern die endgültige Lösung dieser Frage fordern würde. Nichts dergleichen geschieht. Blind gegenüber dieser Möglichkeit geht jede Partei ihren eigenen Gang. Die deutsche Sozialdemokratie wird dabei von dem toll gewordenen Nationalismus über den Haufen gerannt, die französischen Sozialisten kämpfen um der Anlehnung nach rechts willen unter einem so farblosen Programm, daß die Anhänger HERRIOTS bereits spöttisch fragen, wie lange es noch dauern wird, daß die Parteigenossen LEON BLUMS gute Radikalsozialisten sein werden.

Die räumliche Entfernung zwischen Paris und Berlin kann heute in wenigen Stunden überwunden werden. Das Nebeneinanderherlaufen der beiden sozialistischen Parteien aber, die äußerlich durch einen organisatorischen Apparat miteinander verbunden sind, in ein enges solidarisches Zusammengehen umzuwandeln, wird trotz dieser räumlichen und organisatorischen Nähe nicht einmal versucht. Der beide Parteien beherrschende Reformismus hat ihren Vertretern den Weitblick geraubt, das Ziel des Sozialismus im Auge zu behalten und sich der nationalistischen Frontenbildung mit aller Kraft zu widersetzen. Statt den Internationalismus als dem Namen und dem Programm in die Wirklichkeit zu übertragen, löst sich die II. Internationale um erhoffter parlamentarischer Erfolge willen in abgesonderte nationale Sektionen auf — und geht damit dem Abgrund entgegen.

## Tardieu versetzt die Kollegen.

Er ist angeblich krank.

TARDIEU wird am Freitag nicht nach Genf fahren. Wie er durch PAUL BONCOUR seinen Genfer Kollegen hat mitteilen lassen, ist er durch eine Kehlkopfentzündung sowohl an der weiteren Wahlpropaganda wie an der Teilnahme an den geplanten Genfer Besprechungen verhindert worden. In den internationalen politischen Kreisen Genfs hat

diese Absage große Enttäuschung hervorgerufen. Da, wie es heißt, STIMSON und MACDONALD Ende dieser oder Anfang nächster Woche Genf verlassen wollen, scheint die mit großer Spannung erwartete Aussprache über die deutsch-französischen Gegensätze, an der die englischen und amerikanischen Staatsmänner als Vermittler teilnehmen sollten, wieder völlig ins Wasser zu fallen. Auch BRÜNING wird wahrscheinlich gegen Ende dieser Woche nach Berlin zurückkehren.

## Japans Truppen „schaffen Ordnung“.

In das tolle Durcheinander der japanisch-chinesischen Verhandlungen hinein, in dem angebliche japanische Zustimmung und Ablehnungen, chinesische Forderungen und chinesisches Entgegenkommen, russische Proteste und halbe Anerkennungen der mandschurischen Vorgänge seitens der Russen einander abblissen, platzt ein neuer, eindeutiger japanischer Angriff hinein.

Die japanische Armee ist der mandschurischen Regierung zu Hilfe gekommen und hat in der Nordmandschurei unter Einsatz von drei Brigaden einen groß angelegten Vernichtungsfeldzug gegen die aufständischen Chinesen eingeleitet. Die Aufstellung der Truppen, die sich auf der Eisenbahn und auf dem Wasserweg vorwärts bewegen, hat die Form einer riesigen Zange, die das Aufstandsgebiet vollständig einschließen soll.

## Kapitalistische Vorbereitungen zum 1. Mai.

Das japanische Innenministerium teilt mit, daß für die Maifeier nur noch solche Gesellschaften zu Demonstrationen zugelassen werden, die nationalen Charakter tragen und antikommunistisch sind. Nach bisherigen Meldungen

wurden 65 japanische „Gewerkschaften“ zu Demonstrationsveranstaltungen am 1. Mai in ganz Japan zugelassen. Mehrere „Gewerkschaften“ werden zum 1. Mai Banner tragen, die gegen den Kommunismus und gegen die Kommunistische Internationale gerichtet sind.

Die türkische Regierung hat alle für den 1. Mai geplanten Arbeiterkundgebungen verboten.

## Für die Arbeitslosen — statt gegen den Treueid.

Die irische Arbeiterpartei gegen De Valera.

n Dublin, 27. April.  
Die Arbeiterpartei hat ihre erste Machtprobe im irischen Parlament erfolgreich abgelegt. Sie durchkreuzte die Absicht DE VALERAS, den ganzen Abend mit der Erörterung des Treueidgesetzes auszufüllen und setzte es durch, daß die Abendstunden für die Besprechung der Arbeitslosenfrage benutzt werden sollen. Bei der Abstimmung wurde die Regierung mit 74 gegen 66 Stimmen geschlagen, worauf die Opposition stürmisch den Rücktritt DE VALERAS forderte. Dieser erklärte, gegen die Einbringung eines Vertrauensantrages nichts einzuwenden zu wollen. Da dies nicht geschah, trat das Haus zunächst in die zweite Lesung des Gesetzes über die Abschaffung des Treueides ein.



## PORGY.

Ein Neger-Roman von du Boss Heyward.

(Deutsche Rechte: Th. Knauer, Nachfolger, Verlag, Berlin.)

(9. Fortsetzung.)

Die langen, heißen Tage, die zu träger Gleichgültigkeit direkt verführten, bedeuteten einen neuen Abschnitt im Leben der Haifischgasse. Jedes laute Sprechen, der Lärm beim Kommen und Gehen verstummte. Die Männer kehrten des Abends früher nach Hause zurück und widmeten ihren Frauen mehr Zeit.

Nur Porgy saß allein vor seiner Tür. In einem Zimmer über ihm hatte ein Mann mit seiner Frau einen kleinen ehelichen Zwist, der aber harmlos in fröhlichem Gelächter endete. Aus einem nahen, offenen Fenster hörte man verschlafene Kinderstimmen. Ueberall war die Finsternis, die ihn umgab, mit Leben erfüllt, das mit seinen ewigen Bedürfnissen mitleidlos jeden völlig in Anspruch nimmt.

Eine große, mütterlich aussehende Frau, die in seiner Nähe wohnte, kam, einen Eimer Wasser tragend, vorüber. Sie blieb stehen, setzte ihre Last ab und legte Porgy die Hand auf die Schulter.

„Was ist mit dir, Mann — hast du gar nichts zu sagen?“ fragte sie ihn freundlich.

Porgy verzog erregt das Gesicht. Er nahm ihre Hand und schleuderte sie von sich.

„Laß mich in Frieden!“ stieß er kurz und heiser hervor. „Hast du nicht deinen eigenen Mann?“

„Ach Gott!“ lachte sie auf und wandte sich ab. „Hör einer den an! ... Dachtest du wirklich, ich wollte dich haben?“

Am frühen Abend saß eine Frau im Staub, den Rücken an die Außenwand von Marias Garküche gelehnt. Sie war vollständig betrunken und recht unfreudlich anzusehen. Niemand wußte genau, wann sie dort umgesunken oder hingebacht worden war. Porgy jedenfalls hatte sie noch nicht gesehen, als er bei Sonnenuntergang nach Hause gekommen war — aber er hatte später andere von ihr sprechen hören. Einer der Männer war lachend eingetreten und hatte gesagt: „Draußen hockt Crowns Boss! Wahrscheinlich ist sie gekommen, ihn hier zu suchen.“

„Sie wird lange warten müssen, wenn sie auf ihn wartet!“ hatte ein anderer erwidert. „Der Nigger wird schon recht weit von hier fort sein!“

Jetzt war es zehn Uhr, und Maria wollte gerade ihre Garküche schließen. Die große Negerin war dabei, das Fenster zuzumachen, als die lange, hagere Gestalt einer Frau von der Tür aus in den schwachen Lichtkreis der blakenden Lampo taumelte. Die Besucherin maß mit flackernden, leeren Augen die Entfernung bis zur nächsten Bank, steuerte auf sie zu, ließ sich auf sie niederfallen und den Kopf auf die Arme sinken, die sie auf dem Tisch kreuzte.

Maria war wütend, zeigte sich aber dem unerwarteten Ereignis durchaus gewachsen. Sie packte die Frau um die Taille, zog sie zur Tür, warf sie in das Dunkel hinaus und kehrte ruhig wieder zu ihrem Fenster zurück.

Ein Krachen ließ sie plötzlich herumfahren. Es war die Frau, die sich, wie vorher, wieder über den Tisch geworfen hatte.

„Zum Donnerwetter!“ rief die Negerin aufgebracht. „Du bist ja das aufdringlichste Niggerweib, das mir je vorgekommen ist!“

Sie trat zu ihr hin, riß den Kopf der Frau hoch — und sah in ein Paar weltverlorene Augen, die kaum noch etwas Menschliches hatten.

„Was zu essen!“ stöhnte die Frau. „Gib mir was zu essen — dann will ich ja gehen!“

Lauchend wie ein aufziehender Sturm zur Zeit der Tag- und Nachtgleiche, brachte Maria Brot und Fleisch herbei. Dann leerte sie den Rest aus dem Kaffcetopf in eine Tasse und stellte sie vor sie hin.

„Ja — und dann mach dich wieder auf die Strümpfe!“ sagte sie kurzangebunden.

Die Frau hob den Kopf. Eine entstellende Narbe lief über ihre linke Wange, und tiefe Falten, die der Kummer geätzt, zogen sich von der Nase herab zum Mund. Ihre Augen jedoch, in die das Bewußtsein, auch ein Mensch zu sein, zurückgekehrt schien, blickten ohne Furcht in das entschlossene Gesicht der dicken Negerin.

Mit fast tierischer Gier schlang sie ein paar Bissen hinter, dann fragte sie plötzlich:

„Wer wohnt in dem Zimmer da gegenüber?“

„Porgy!“ wurde ihr geantwortet. „Doch für so eine, wie du bist, ist das nichts — er ist ein Krüppel und Bottler!“

„Ach — der mit dem Ziegenbock!“

Die Frau kniff ihre unergründlichen Augen eng zusammen.

„Ich habe gehört, er bekommt viel Geld von den Weißen“, sagte sie langsam.

Schweigend beendete sie dann die Mahlzeit, erhob sich und blieb einen Augenblick mit aufgestützten Händen am Tisch stehen. Ohne Maria eines Wortes zu würdigen, verließ sie darauf rasch, in fast hochmütiger Haltung das Zimmer. Selbstbewußten Schrittes ging sie quer durch den Eingang zu Porgys Tür hinüber, öffnete sie, trat ein und schloß sie wieder hinter sich.

Es war an einem Spätnachmittag, als Serena Robbins den Hof betrat, vor Porgys Tür stehenblieb und laut an deren verwitwete Füllung klopfte. Eine Frau öffnete, doch die Besucherin beachtete sie gar nicht, sondern wandte sich direkt an Porgy, der im Zimmer saß.

„Ich bringe gute Nachrichten!“ sagte sie. „Ich bin Peters wegen bei meinen weißen Bekannten gewesen. Ein Freund von ihnen, ein Rechtsanwalt, kann ihn freibekommen. Ich hab' ihnen gesagt, sie sollen dich mal holen lassen, weil du doch so gut mit den Weißen zu reden versteht.“

Nachdem sie ihre Botschaft ausgerichtet, wandte Serena ihren breiten Rücken der Frau zu, die noch immer schweigend in der Tür stand, und ging mit einer Miene, als habe sie über Menschenschicksale zu entscheiden, nach ihrer Hofecke hinüber. (Fortsetzung folgt.)

## Schlußanträge im Frick-Untersuchungsausschuß.

p Weimar, 27. April.

Im parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Prüfung einiger Frickscher Taten wurden von den Sozialdemokraten Schlußanträge gestellt. Zu jedem der drei Themen des Ausschusses wurde ein Antrag gestellt:

1. Zu FRICKS Manöver, durch das HITLER als Gendarmeriekommissar von Hildburghausen die thüringische Staatsangehörigkeit erwerben sollte.

Der Antrag zu diesem Punkte geht dahin: der Ausschuß möge dem Landtag empfehlen, gegen Frick Strafantrag wegen Urkundenvernichtung (§ 348 Abs. 2 StGB) und wegen Verletzung der Eidspflicht (welch höflicher Ausdruck! Red.) zu stellen und ihn außerdem wegen Verletzung der Verfassung und der Gesetze vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen.

Die Urkundenvernichtung besteht darin, daß FRICK die Empfangsbestätigung über die von HITLER unter Vorbehalt angenommene Anstellungsurkunde vernichtet hat.

Die „Verletzung der Eidspflicht“ soll darin bestehen, daß FRICK vor dem Ausschuß erklärt hat: das Kabinett habe für die damals bestehende Anstellungssperre für die Polizei Ausnahmen zugelassen (die HITLERS Anstellung als Gendarm erlaubten); in Wahrheit aber soll der Kabinettsbeschuß keinerlei Ausnahmen gestattet haben.

2. Zur Durchsetzung der Polizei mit NS. Der Antrag zu diesem Punkt geht dahin: der Ausschuß möge dem Landtag empfehlen, auszusprechen, daß FRICKS Verfahren nicht dem Gedanken der Lauterkeit der Verwaltung entspricht.

FRICK hatte die Einstellung von Polizeianwärtern durch den nationalsozialistischen Fraktionsführer SAUCKEL prüfen lassen!

3. Zu der Anklage, die Thüringer Polizei habe unter FRICK vielfach zu Gunsten der NS eingegriffen. Zu diesem Punkt wird beantragt: der Ausschuß möge dem Landtag empfehlen, auszusprechen, daß die Maßnahmen der Gothaer Polizei den primitivsten Grundsätzen einer geordneten Verwaltung widersprechen. Die Regierung soll ersucht werden, gegen Polizeidirektor HERFURTH und Polizeimajor VON BRANDT in Gotha das Dienststrafverfahren einzuleiten.

Die Abstimmungen über die Anträge werden erst in der nächsten Woche erfolgen. Die NS haben sich an dem Ausschuß nicht beteiligt.

Zu der gestern gemeldeten Tagesordnung des Reichstages für die nächsten, mit dem 9. Mai beginnenden Sitzungstage wird eine amtliche Berichtigung mitgeteilt:

Bei dem Gesetzentwurf über die Schuldentilgung handelt es sich nicht um die KREUGER-Anleihe, sondern um den sogenannten LEE-HIGGINSON-Kredit. Dieser Kredit wurde im Jahre 1930 dem Reich von einem Bankenkonsortium unter Führung der Reichsbank und der Firma LEE HIGGINSON & Co. gewährt und ist jetzt verlängert worden.

## Die beiden „Sammler“.

Deutschnationale „Sammlungspolitik“.

u Stuttgart, 27. April.

„Ist nicht jetzt der Ruf berechtigt, die Organisationen der Deutschen Volkspartei und der Volksrechtspartei mit denen der Deutschnationalen zu verschmelzen, d. h. soweit die Volkspartei in Frage kommt: der Wiedereintritt in die Reihen derer, deren Richtung sich auch in diesem Wahlkampf gehalten und bewährt hat. Der Ernst des Augenblicks zwingt mich dazu, vor aller Öffentlichkeit eine solche Forderung auszusprechen.“ Also sprach der deutschnationale Reichstags- und Landtagsabgeordnete WIDERSTUFFT in einem Aufruf an „seine alten nationalen und jungliberalen Parteifreunde“.

In dem Aufruf heißt es weiter: „Gelingt uns dies in Württemberg, so kann das für den Reichstag und das Preußenparlament Vorbild sein.“

HUGENBERGS „Sammlungs“-Bemühungen erinnern etwas an die „rote“ Einheitsfront-Politik der KP: wie schön wäre

# Selbsthilfe oder Selbstzerfleischung?

Um den „roten Sechser“.

Elternversammlung in einer weltlichen Schule im Berliner Norden. Thema: Staat, Kirche und Schule. Ein Tag nach den preußischen Landtagswahlen. Viele Eltern sind gekommen. Es herrscht eine gewisse Spannung in der Versammlung. Ich höre vor Beginn Gespräche über den Ausgang der Wahlen. Enttäuschung wird laut:

„Nun haben die Nazis mehr Stimmen als KP und SP zusammen! Es ist eine Schande!“

„Man sieht doch, wir müssen mehr zusammenhalten!“

„Was wohl aus den weltlichen Schulen werden wird? Ob es geht wie in Braunschweig?“

Mir scheint, alle diese von Not und Sorge gezeichneten Arbeitereltern warten gerade heute Abend, daß über die Lage gesprochen wird, daß die drohenden Gefahren neuer kulturpolitischer Reaktion erörtert werden. Das Referat erfüllt diese Erwartungen nicht. Der Rektor spricht über Bestimmungen der Reichsverfassung und des Gesetzes über religiöse Kindererziehung, um die Kirchenaustrittsmöglichkeiten zu klären. Gewiß eine nützliche Sache! Denn es gibt immer noch Eltern, die darüber nicht Bescheid wissen, die sich und ihre Kinder nicht abgemeldet haben. Aber zu wenig für die, die das nun mittlerweile begriffen und auch die Konsequenzen gezogen haben! Kein Wort zur gegenwärtigen Lage! Warum diese Vorsicht? Offenbar aus Angst vor unfruchtbaren parteipolitischen Streit, der entfacht werden könnte! So macht diese Angst heute das Leben in Arbeiterorganisationen unfruchtbar, wo nicht der Streit selber dafür sorgt!

Er bricht trotzdem in der Diskussion aus. In ihr wird es nun wenigstens lebhaft. Besonders als der viel umstrittene „rote Sechser“ auf die Tagesordnung gesetzt wird. Schon im Elternbeirat war er umstritten — so umstritten, daß kein Beschluß darüber gefaßt werden konnte. Sechs Elternbeiräte waren dafür, sechs dagegen. Wie die Lehrer mitteilen, hat der rote Sechser sich nicht an diese Beschlußfähigkeit gekehrt, sondern er „marschiert!“ D. h. die Kinder der noch arbeitenden Eltern bringen jede Woche 5 Pfennige (einen „Sechser“ nach Berliner Mundart) mit, und davon besorgt die Schule Hefte, Zeichenmaterial u. a. für die Kinder Arbeitsloser. Die städtischen Zuschußmittel reichen nicht mehr aus dafür.

Die Vertreter der „proletarischen Schulkampf“-Richtung (KP) sind gegen den roten Sechser. Begründung:

Es ist Aufgabe der Stadt, unsere Kinder mit Lehrmaterial zu versorgen.

Wir dürfen der Stadt diese Pflicht nicht abnehmen. Unsere paar Groschen sind zu schade dafür. Und überhaupt sind wir grundsätzlich für Lernmittelfreiheit.

Die gegenteilige Ansicht, vertreten von der „Freien Schulgemeinde“ (aus der die KP heraus ist):

Wir dürfen unsere Kinder unter den Sparmaßnahmen nicht leiden lassen. Wir müssen hier Solidarität üben.

Es ist wichtig für die sozialistische Erziehung, daß die Kinder diese gegenseitige Hilfe kennen lernen.

Jede Richtung wiederholt ihre Ansicht, vermischt mit nicht zur Sache gehörenden Angriffen, bis zum Ueberdruß. Gibt

es keine Verständigung? Tut sich in dieser kleinen Sache schon wieder die unüberbrückbare Kluft zwischen den Klassen-genossen auf?

Es gäbe Verständigung, wenn der eine erst mal auf den anderen hören und eingehen würde.

Die kommunistische Ansicht hat einen richtigen Kern: Es ist Aufgabe der Stadt, für die Lernmittel zu sorgen, jedenfalls da, wo die Eltern erwerbslos sind. Und es ist auch nicht von vornherein ausgemacht, daß da, wo die Stadt versagt, die Eltern einspringen müssen. Ein wirksamer Protest kann unter Umständen darin bestehen, daß man die Folgen der Sparmaßnahmen erst einmal offenkundig werden läßt und dann an richtiger Stelle mitteilt, z. B. daß die Kinder im Zeichenunterricht ohne Papier da saßen, daß der Unterricht daher nicht stattfinden konnte. Warum sollte das, von möglichst vielen Schulen gemeinsam vertreten, nicht unter Umständen Eindruck machen? Besonders, wenn die betreffenden Eltern-Organisationen sich geschlossen dahinter stellen?

Inzwischen sitzen allerdings die Kinder ohne Zeichenmaterial da! Nun, das ist noch nicht das größte Unglück! Zur sozialistischen Erziehung gehört ja auch, daß die Kinder die Wirklichkeit kennen lernen, d. h. die Tatsache, daß sie in einer Klassengesellschaft leben. Eine gute Gelegenheit also für den Lehrer, an Hand dieser Erfahrung — ohne Parteipropaganda — diese Erkenntnis zu vertiefen!

Wenn nun aber alle Proteste nichts helfen? Praktisch muß man bei der heutigen Lage damit rechnen. Kampf! sagen die KP-Genossen! Also Schulstreik? Jawohl, auch das! Aber die Erfahrungen mit den Berliner Schulstreiks waren sehr schlecht. Es kam sogar für wichtigere Anlässe (Entlassungen von Lehrern z. B.) kein einheitliches Vorgehen zu Stande. Und wir müssen damit rechnen, daß mit zersplitterten Aktionen nur der Reaktion das Signal gegeben wird, um z. B. gegen mißliebige dissidentische Lehrer vorzugehen.

Also doch zunächst Selbsthilfe, soweit möglich? Ja, auch mit Hilfe des roten Sechser! Man braucht den notwendigen und möglichen Protest gegen die Sparmaßnahmen deswegen nicht zu unterlassen, auch dann nicht, wenn die SP an ihnen beteiligt war! Diese Freiheit sollte die „Freie Schulgemeinde“ sich bewahren.

Die Kommunisten sind übrigens gar nicht grundsätzlich gegen jede Selbsthilfe. Die IAH verschickt z. B. erholungsbedürftige Kinder, was auch Aufgabe des Staates oder der Gemeinde wäre. Das hindert keinen Kommunisten, im übrigen in Staat und Gemeinde um seine Forderungen zu kämpfen.

Viele Eltern werden bei der langen Diskussion ungeduldig. Sie fühlen wohl, daß es bei gegenseitigem guten Willen hier, wie auch in anderen Fragen, leicht eine Einigung geben könnte. Es werden Rufe laut: So kommen wir nicht zur Einheitsfront! Soll der Gegner immer weiter anwachsen?

Die Sehnsucht nach der Einheitsfront lebt in vielen. Aber wieviel Geduld und Ausdauer ist nötig, um dieser Sehnsucht über alle Parteiverantlichkeiten hinweg eine Bahn zu schaffen.

Maria Hodann.

es, wenn wir alle einig wären — unter meinem Kommando! Aber ein Unterschied zwischen der kommunistischen und der deutschnationalen Einheitsfront-Politik besteht: die KP leitet ihren Anspruch auf Führung der Einheitsfront aus grundsätzlichen Unterschieden zwischen ihrer und der sozialdemokratischen Politik her, Unterschiede, die zwar zunächst mehr theoretisch bestehen, aber doch eben zu Gunsten des kommunistischen Anspruchs sprechen. HUGENBERG hingegen kann keinen wesentlichen Unterschied, also auch keinen wesentlichen Vorzug, seiner Politik gegenüber der Politik derer, die er sammeln will, angeben. Wäre es ihm nur um die Einigung zu tun, so müßte er, als der „klügere“ und „überlegene“ Partner, sich den anderen anschließen, statt ihnen gut zuzureden, sie möchten sich ihm anschließen.

Aber HUGENBERG will natürlich mehr als Einigung: er will kommandieren, mindestens bestimmenden Einfluß haben, und seine „Sammlungspolitik“ hat wohl zunächst das Ziel, ihm gegenüber HITLER, dem anderen und erfolgreichen „Sammler“, eine stärkere Position zu verschaffen, als er sie jetzt hat.

Tarif für Luftpost nach Asien, gültig ab 1. Mai: Die Luftpostzuschläge zu dem üblichen Porto betragen 30 Pfennige für je 10 g nach Irak, 40 Pfennige für je 10 g nach Afghanistan, Britisch-Indien, Belutschistan, Birma oder Ceylon.

Die Reichsbahn ermäßigt vom 1. Juni ab die Schnell- und Eilzug-Zuschläge um 50 Prozent. Außerdem tritt bei den Monatskarten eine Ermäßigung von 8 bis 21 Prozent ein.

## Aus der „Wunder“-Welt.

Kommunion in Lourdes.

M. B. MARIA ELENA DIDELOT wurde 1926 zu Nancy operiert. (Leibschneit, Darmverschluß, bazillare Bauchfellentzündung.) 1928 suchte sie zum ersten Male den „Wunder“-Ort Lourdes auf. Vergeblich. Im August 1930 fuhr sie abermals dorthin. Was sich nun ereignete, schildert der „Bayerische Kurier“ mit folgenden Worten:

„Am 1. September früh empfing Fräulein DIDELOT morgens in Lourdes die hl. Kommunion aus der Hand von Kardinal LIENART. Plötzlich verschwinden die Schmerzen. Die Kranke kann gehen. . . .“

Alle (Ärzte, die sie untersuchten, M. B.) sind sich einig über die „plötzliche und natürlich nicht erklärbare Heilung.“

## Der Kuß auf die Füße des „Heiligen“ Franz Xaver.

1552 starb FRANZ XAVER, ein Jesuiten-Missionar, in der Nähe Chinas. Auch über ihn weiß der „Bayerische Kurier“ ein „Wunder“ zu berichten:

„Die Leiche wurde zuerst in einem Sarg vorläufig aufbewahrt und mit ungelöschtem Kalk bedeckt, um die Verwesung zu beschleunigen und möglichst bald die Gebeine nach Indien überführen zu können. . . .“

1614 wurde der rechte Arm abgetrennt und nach Europa (Rom) geschickt. Bei der Operation floß reichlich Blut. . . .“

Gutachten einer Aerztekommision von 5 Mitgliedern vom 1. Januar 1932: Die Biegsamkeit der Haut und des Fleisches sowie der allgemeine Zustand des Körpers nach 380 Jahren lassen sich natürlich nicht erklären. . . .“

Von der jüngsten Ausstellung (1931/1932) werden acht Wunder berichtet. . . . Die bemerkenswertesten sind folgende:

Sechseinhalbjähriger christlicher Knabe, seit viereinhalb Jahren völlig gelähmt, von verschiedenen Ärzten be-

handelt; zum Heiligen getragen, küßt Füße, Zittern durch den Leib, Lähmung verschwunden. — Mädchen von zwei Jahren, Ohrenleiden, Kuß, gesund.“

Wir haben erst vor kurzem das „Wunder“ des blutenden Dorns von Andria gemeldet. Die Wirtschaftskrise verschärft sich — die „Wunder“-Konjunktur steigt!

## Absolute Wissenschaft.

Diskussionsabend sozialistischer Studenten.

W. B. A: „Es gibt keine objektive Ethik, wie es überhaupt keine absolute Wissenschaft gibt; doch kommen wir der Wahrheit immer näher, wie die Geschichte lehrt. Das lehrt auch der Marxismus!“

B: „Genosse, um festzustellen, daß wir der Wahrheit tatsächlich immer näher gekommen sind im Laufe der geschichtlichen Entwicklung, mußt du bereits die Wahrheit selber kennen! Du setzt also doch schon voraus. . . .“

Der Ausspracheleiter unterbricht: „Ruhe jetzt! Das kann nicht so weiter gehen! Der B. hat früher auch schon immer dieselben Schwierigkeiten gemacht. Hier kann jeder seine Meinung vortragen, aber der Versuch, andere zu überzeugen, das ist zwecklos!“

## „Funken“-Hauspropaganda.

W. R. Ein junger Landarbeiter lehnt ab: „Leider kein Geld. Ich wohne erst seit acht Tagen in der Stadt. Ich war auf dem Gute in M. Da wollte mich der Bauer durchaus in die SA hineinpressen, auch die Knechte drängten mich dazu. Ich hatte aber keine Lust, 3,50 Mark soll ich im Monat an Beitrag zahlen. Arbeiten soll ich bis abends um 1/10 Uhr und dann noch Wache schieben. Jetzt hat mich der Bauer rausgeschmissen, weil ich nicht in die SA eintreten wollte. Ich habe ihn natürlich beim Arbeitsgericht

verklagt und die Klage gewonnen. Wo das Munitionslager in M. ist, habe ich auch angegeben. Jetzt kommt die Sache noch vor das Schöffengericht!“

„Hallo, „Der Funke“, die Tageszeitung vom ISK.“ — „Ne, ich bin kein Sozialist.“ — „Nanu, das sollte doch aber Ehrensache sein!“ — „Ne, ich bin Nazi.“ — „Also doch ein Sozialist?“ — „Naja, aber ein anderer!“

In der Tür erscheint Herr Kriminal-Sekretär P.: „Aah! den „Funken“ kenne ich. Da kommen Sie ja gerade an die richtige Adresse! Ist die Zeitung nicht verboten?“ Ich erwidere lächelnd: „Nein, so weit haben wir es noch nicht gebracht.“ Er betrachtet lange nachdenklich die Zeitung und sagt vor sich hin: „Hm, hm, Nummer 46 —“. Gekauft hat er sie nicht, mir aber einen guten Erfolg gewünscht. Im Nebenhaus treffe ich seinen Kollegen K. und biete ihm den „Funken“ an. Kollege K. sagt: „Jawohl, kenn' ich, kenn' ich! Mein Sohn liest diese Zeitung.“ — Wenn das man kein Irrtum ist!

## Mitten im Frieden.

W. B. Wir haben das Ziel unserer Ferienfahrt, die Nordseeinsel Sylt, erreicht. Abends sitzen wir noch vor dem Hause. Unser Herbergsleiter erzählt vom Weltkrieg. Wir fragen ihn: „Haben Sie hier auf der Insel viel bemerkt von den Seeschlachten?“

„O, ja! Oft bebte die ganze Insel. Am 2. August 1914 fing es hier auch schon an: Oben bei Siss (Nordspitze der Insel) liefen zwei deutsche Kohlenschiffe auf deutsche (!) Minen!“

„Wie? Also hatten wir doch gerüstet? Unser Kaiser hatte doch der Welt gesagt: Wir sind mitten im Frieden überfallen worden!“

## Prozeß Felseneck.

A. G. Am Mittwoch fand die vierte Verhandlung des Felseneck-Prozesses statt. Die Verhandlungen schleppen sich mühselig vorwärts. Charakteristisch für die Aussagen der bisher vernommenen 5 angeklagten Nationalsozialisten ist, daß sie ihre Aussagen in der Voruntersuchung in wesentlichen Punkten, wie die Belastung mitangeklagter Kameraden durch ganz bestimmte Aussagen wesentlich einschränken.

Bemerkenswert war, daß der am Mittwoch noch weiter vernommene Angeklagte STRAUCH zugab, auf den schon am Boden liegenden, von 10 bis 15 Nationalsozialisten umringten KLEMKE noch einen Schlag geführt zu haben.

In der Hauptsache wurde der Angeklagte WILLBOCK vernommen. Er gab zu, in dem Kreis derer gewesen zu sein, die um KLEMKE herum waren. Als er sah, daß man auf den am Boden liegenden KLEMKE weiter einschlug, habe ihm Abscheu vor diesem Treiben erfüllt, und er will den Versuch gemacht haben, die SA-Leute, die neben ihm standen, von dieser

Gruppe fortzureißen. In dem gleichen Augenblick habe er in der Hand einer großen Gestalt einen Revolver bemerkt und gerufen: „Mensch steck das Ding weg.“ Gleich darauf fiel der Schuß. Den Schützen will er nicht erkannt haben.

Daß die Worte gesprochen worden sein sollen, wir haben „etwas“ vor und „die Kommune würde umgelegt werden“, bestätigt WILLBOCK auch jetzt noch. Er will nur nicht wissen, ob es gerade in dieser Versammlung war.

Der Internationale Sozialistische Kampf-Bund (ISK) veranstaltet in nächster Zeit einen zusammenhängenden Kursus über ein wirtschaftspolitisches Thema, den HELLMUT RAUSCHENPLAT leiten wird. Da wir von verschiedenen Seiten nach einer Möglichkeit gefragt worden sind, wie man sich ausführlich über die vom ISK vertretenen Gedanken zur Wirtschaft unterrichten könne, weisen wir auf die hier neben angezeigte Veranstaltung ausdrücklich hin.

Die Schriftleitung.

## Öffentlicher Wirtschaftskursus.

Das sozialistische Programm zur Beseitigung der Wirtschaftskrise

Unter diesem Thema wird Dr. HELLMUT RAUSCHENPLAT, Wirtschaftsredakteur des „Funkens“, einen vom ISK veranstalteten Wirtschaftskursus leiten.

Der Kurs beginnt am Freitag, dem 6. Mai, um 20 Uhr im

Berliner Gewerkschaftshaus, Engelufer 24.

Er wird voraussichtlich an 4 Abenden stattfinden. Der Kursbeitrag beträgt pro Abend und Teilnehmer 50 Pfennige. — Für Arbeitslose frei.

## Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Freitag, den 28. April.

Berlin:

17.35 VALERIU MARCU: Von der französischen Revolution bis zum Wiener Kongreß.

Hamburg:

18.00 Prof. F. JAEGER: Literatur zur Beurteilung der chinesisch-japanischen Spannung. K. A. WITTFOGEL, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas. LEDERER-SEIDLER, Japan-Europa. O. FRANKE, Geschichte des chinesischen Reiches. G. WEGENER, China, eine Landes- und Volkskunde.

Königswusterhausen:

18.30 Dr. POHL: Kann der Staat den Wirtschaftsverlauf beeinflussen? (Vergl. dazu das Sonderheft des „ISK“: Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.)

Langenberg:

18.15 Aus den „Chemischen Briefen“ JUSTUS VON LIEBIGS.

Sonnabend, den 29. April.

Langenberg:

19.30 Prof. H. KUEHN: Die älteste Kultur der Menschheit.

Mühlacker:

18.50 H. RICHTER: Tagebuchblätter von der Himalaya-Expedition.

# Mai-Feiern des ISK:

## BERLIN

Freitag, den 29. April 1932, um 20 Uhr, im „Hackeschen Hof“, Rosenthaler Str. 40-41, Nähe Bhf. Börse.

1. Musik.
2. Aufführung: „Und wir haben nichts dagegen getan!“ Von Andersen und Hickerson. (Szenen aus dem Prozeß gegen Sacco und Vanzetti).
3. Musik.
4. Rede: WILLI EICHLER.
5. Gemeinsamer Gesang: „Die Internationale“.

Eintritt: 30 Pf. Erwerbslose: 15 Pf.

## HAMBURG

Am Sonnabend, dem 30. April 1932, bei Thomssen, Beim alten Schützenhof 4:

### „Klassenjustiz!“

Szenen aus dem Sacco- und Vanzetti-Drama: „Und wir haben nichts dagegen getan.“ Von Maxwell Anderson und Harold Hickerson. Rede: Willi Eichler (Berlin).

Eintritt 20 Pf.; für Erwerbslose 10 Pf. Saalöffnung 19.45 Uhr — Beginn 20.15 Uhr.

## KÖLN

Samstag, den 30. April 1932, 20.15 Uhr, Großer Saal der Rheinlandloge, Cäcilienstraße 22 (Nähe Neumarkt).

Musik,

Szenen aus:

„Die Jungens von Mons“ von Friedrich Wolf.

Rede: Karl Hinkel (Frankfurt).

Eintritt: 30 Pfg., Erwerbslose 15 Pfg.

## BRAUNSCHWEIG

Am Sonnabend, dem 30. April, 20.15 Uhr, in der „Lesehalle“, Hintern Brüdern 23,

CHIYIN CHEN, Schanghai, spricht: Für internationale, sozialistische Solidarität! Gegen Kapitalismus und Ausbeutung!

Musik, Berichte, Rezitationen.

Eintritt: 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf.

## ERFURT

Sonnabend, 30. April, 20 Uhr, Volkshaus Johannesstraße (Hauptgebäude, Zimmer 6).

Rede: Die Maforderungen des Proletariats im dritten Krisenjahr.

Eintritt: 10 Pf., für Erwerbslose frei.

## HANNOVER

Am 30. April, 20 Uhr, in der städtischen Saalwirtschaft, Gartenallee 1.

Revue mit Lichtbildern: Ins Elend hinein . . . Aus dem Elend heraus! Redner: Karl Eckerlin (Kassel).

Eintritt: 30 Pfennig, Erwerbslose 20 Pfennig.

## MAGDEBURG

Sonntag, den 1. Mai 1932, 20 Uhr, in den Apollo-Festsälen, Wallstraße 2 a.

Rede: Nora Block (Bochum).

Revue: Die Internationale.

Eintrittspreis 25 Pfg., Erwerbslose 10 Pfg.

# BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom . . . ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name

Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

# Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

Werbeprospekte  
Zeitungen  
Zeitschriften



bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiszewski

Buchdrucker und Verlag, GmbH

Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf Sammelnummer FI Nordplatz 5471

## Wie kann man Entlassungen verhindern?

Allgemein bekannt ist, daß fast in jedem Fabrikbetrieb während mehrerer Monate im Jahre unerlässliche Arbeitspausen eintreten, welche zwingend zur Entlassung guter Arbeitskräfte führen. In der Bekleidungsindustrie ist es gerade die Zeit des Jahres, in welcher das Publikum seinen Kleiderbedarf einkauft. Die bekannte Herrenkleiderfabrik Wagner, am Bahnhof Jannowitzbrücke, Alexanderstr. 23, hat als eine der ersten Fabriken Berlins einen Weg gezeigt, wie diese Arbeiterentlassungen vermieden werden können. Um die Pausen auszufüllen, hatte sich diese Fabrik entschlossen, ihre Erzeugnisse direkt an den Verbraucher zu liefern. Früher lieferte die Fabrik nur an Spezialgeschäfte. Jahr für Jahr gingen Tausende Anzüge und Mäntel nach allen Teilen Deutschlands, und jetzt unter Ausschaltung des Zwischenhandels direkt an den Verbraucher. Der Liefererfolg der Herrenkleiderfabrik Wagner übertraf alle Erwartungen. Die Fabrik war teilweise mit Arbeit berast überhäuft, daß zahlreiche Neueinstellungen erfolgten, und erwiesen sich die bisherigen Fabrikräume sogar zu klein. Am 1. April hat die Fabrik neue Räume beziehen müssen. Das Geheimnis dieses Erfolges waren nur die billigen Preise für wirkliche Qualitätsware. Ein reimoossener vier-teiltiger Sportanzug mit 2 Hosens kostet nur M. 35.—. Ein reimoossener Straßenanzug aus dem jetzt so beliebten grauen Kammgarn ebenfalls nur 35.—. In dieser Fabrik kostet der teuerste Anzug aus ganz dem Material nur 65.— Mark. Alle Schichten der Bevölkerung laufen in der Fabrik, hohe Beamte und Kaufleute, wie Arbeiter und Angestellte. Für ganz Verdohnte gibt es eine Maßabteilung, in welcher Anzüge und Mäntel aus hochwertigen Stoffen mit 2 Anproben zu Einheitspreisen von 50.—, 70.—, 35.— und 35.— nach Ihren Maßen angefertigt werden. Jeder einzelne, ob Gehalts- oder Lohnempfänger, muß mit seinem schwer verdienten Geld rechnen. Deshalb gibt es für alle nur eine Parole: Wagner, Alexanderstraße 23.

## BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg, Barcastraße 8.

Telephon: 25 53 42

## Anfertigung

eleganter Damen-garderobe und Reformkleidung

## Fürchtenicht

Göttingen Nikolaus-Berger-Weg 67

Freunde und Leser des „Funkens“ unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten!

## C. Lotze

Göttingen Johannisstr. 2

## Butter

Käse, Eier

## Landbrot

Naturreiner, echter

## Bienenhonig

10 Pfd.-Eimer nur RM 10,75

5 Pfd.-Eimer nur RM 5,50

## Friskost-Reformhaus

Magdeburg

O. v. Guerickestraße 104.

## Ahasvers

## Wanderung und Wandlung

Ein Märchenroman von Heinrich Nelson.

387 Seiten. M. 1.—.

Wer in ein paar Stunden durch die Weltgeschichte wandern will, der greife zu diesem Buch, von dem die „Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande“ vom 15. November 1924 sagt:

„In dem vorliegenden Buche wird die alte Legende vom ewigen Juden neu umgestaltet. Mit einem enormen Wissen, ohne irgend welchen Gelehrtenstolz, schildert der Verfasser verschiedene Momente, in denen seine Phantasie Ahasver eine Rolle spielen läßt. Mehr als literarische Bedeutung hat daher dieses Werk mit seinen scharfsinnigen, originellen historischen Auffassungen, meines Erachtens wissenschaftlichen Wert.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

# ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Erscheint in:

Deutsch, Englisch und Esperanto

Internationale Verlags-Anstalt G. m. b. H. Berlin S 14, Inselstraße 8a.

# Die Republik und die NS-Beamten.

## Entweder verbieten oder erlauben.

W—er. Ein Leser schreibt uns: „Im ‚Funken‘ Nr. 89 schreibt Ihr, es sei nicht in Ordnung, daß Baden gegen NS-Beamte vorgehe, auf Grund ihrer bloßen Betätigung in einer Partei, die nicht verboten sei. Der Staat solle gegen Beamte nur vorgehen, wenn sie ihren Dienst oder andere Amtspflichten verletzt haben.“

Wie aber, wenn sich Verstöße von NS-Beamten gegen ihre Amtspflicht häufen? Die badische Regierung behauptet, dies der Fall sei. Kann man dann der Regierung zumuten, zu warten, bis der Staatsapparat infolge solcher Unzuverlässigkeiten von NS-Beamten im entscheidenden Moment versagt? Die Bestrafung käme zu spät! Zum Beispiel hat der konstituierende Beamte am bayerischen Postamt Altötting — ein Nationalsozialist — ein an das Bezirksamt gerichtetes amtliches Telegramm, das die Auflösung der SA und die Beschlagnahme des Eigentums anordnete, einfach die Nacht über liegen lassen. Am anderen Tage wurde bei der Hausdurchsuchung in den SA-Heimen natürlich nichts mehr gefunden.

Ein Vorgehen gegen Beamte halte ich also dann für gerechtfertigt, ja geboten, wenn sie der NSDAP angehören und nach dem bisherigen Verhalten mehrerer NS-Beamter zu erwarten ist, daß die meisten NS-Beamten in entscheidenden Augenblicken ihre Amtspflicht verletzen.“

Dazu ist zu sagen: Die bloße Vermutung, daß ein Beamter vielleicht seine Amtspflicht verletzen wird, kann keinen Rechtsgrund abgeben, gegen ihn vorzugehen. Die Einführung eines solchen Grundsatzes würde völlige Rechtsunsicherheit für die Beamten, heute vor allem für die linksstehenden, bedeuten. Man kann ihm auch nicht die Bestrafung in einer legalen Partei verbieten. Auf die berechtigten Fragen aber, wie sich der Staat gegen Unzuverlässigkeiten von NS-Beamten rechtzeitig schützen solle, gibt es eine andere Antwort: dadurch nämlich, daß er in jedem nachgewiesenen Falle sofort und scharf zugreift. Das gerade hat der republikanische Staat gegen rechts versäumt, und diese Milde rächt sich jetzt! Ist es aber soweit gekommen, daß der ganze Staatsapparat durch unzuverlässige Beamte einer bestimmten Partei gefährdet ist, dann muß der Kampf des Staates sich oben gegen diese Partei richten, die unter anderem ihre Mitglieder als Beamte zu illegalem Vorgehen anhält.

Wenn der Staat eine Partei für gemeingefährlich hält, dann soll er sie verbieten und unterdrücken. Freilich wird er, wenn es sich um eine wahre und aufwühlende Bewegung handelt, in vielen Fällen mit dem bloßen Verbot nicht auskommen. Man kann, wie REICHENSPERGER, seiner Zeit Führer des Zentrums, einmal sagte, nicht „den Krater eines Vulkans

mit einem Polizeisiegel verschließen“. Man muß dann einer solchen Bewegung beizukommen suchen, indem man ihr die Grundlage entzieht, auf der sie gewachsen ist. Aber eine Partei grundsätzlich dulden, und gleichzeitig ihr die politische Arbeit besonders erschweren, das widerspricht nicht nur den Forderungen der Freiheit und Gerechtigkeit, sondern ist auch unerhört töricht. BEBEL hat das einmal angedeutet und die Erfolge der SPD von 1878 bis 1890 und danach haben das geradezu aufdringlich gezeigt. BEBEL sagte damals über das berüchtigte Gesetz gegen die SPD:

„Wissen Sie, was Sie mit dem Gesetz aus der Sozialdemokratie machen? Sie treiben die Sozialdemokratie, ähnlich wie die ersten Christen, durch die Verfolgung, die Sie ihr zu Teil werden lassen, zum äußersten Eifer und zu einer förmlich religiösen Schwärmerei.“

Wor kann leugnen, daß das auf die NSDAP völlig zutrifft!

a Karlsruhe, 27. April.

In der heutigen Landtagssitzung sprach der badische Staatspräsident SCHMITT (Zentrum) nochmals zu dem Thema: „Staat, Beamtenschaft und NS.“

Er sprach von dem Spitzelium, mit dem die NS besonders Ministerien und Abgeordnete umgibt.

Die Regierung übe ein Notwehrrecht aus, wenn sie alle unzuverlässigen Elemente aus den Ministerien entferne. Sie werde hier mit unerhörter Strenge durchgreifen. Auch die Städte würden so vorgehen, auch gegen Hochschullehrer würde man so eingreifen.

Die Richtlinien der Regierung würden auf jeden Fall durchgeführt werden, wenn nötig, unter Änderung bestehender Gesetze.

Die uns bekanntgewordenen Meldungen über die Rede des badischen Staatspräsidenten enthalten keine ausdrückliche Wiederholung der Ankündigung, daß gegen Beamte bereits wegen der bloßen Zugehörigkeit zur NSDAP Maßnahmen ergriffen werden würden. Daß die Regierung in Notwehr handelt, wenn sie diejenigen aus der Verwaltung entfernt, die in ihrem Dienst als Beamte gegen sie arbeiten, ist klar. Nur müssen dafür, wie gesagt, im Einzelfall Beweise vorliegen, um die Entfernung eines Beamten zu rechtfertigen. Zu der Ankündigung von Gesetzesänderungen betonen wir nochmal: die republikanische Regierung möge erst einmal die durch die bestehenden Gesetze gegebenen Möglichkeiten zum Schutze der Republik gegen die NS ausnutzen; erst dann wird es sich lohnen, über die Notwendigkeit (oder Entbehrlichkeit) weiterer Maßnahmen zu reden.

# Europa und die farbigen Völker.

Ch. H. Die Leipziger Volkshochschule hat WILHELM MENSCHING, den Verfasser des Buches „Farbig und Weiß“, zu einer Vortragsreihe verpflichtet. Ich greife einzelnes aus seinem ersten Vortrag vom 20. April heraus, in dem er uns europäischen Arbeitern die Pflicht vor Augen führte, den farbigen Klassengenossen gegenüber die Aufforderung von KARL MARX: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ aufzufassen und durchzuführen.

Wenn Europäer an Afrika und die Kolonien der Großmächte denken, dann sehen sie in den weitaus meisten Fällen vor allem den Rohstoffschatz dieses Erdteils und die ungeheure Fläche mit ihren Ausbeutungsmöglichkeiten. Die dort wohnenden Eingeborenen mit ihrer alten Kultur und ihrem neuen Kulturwillen werden erst in zweiter Linie bedacht. Daraus entsteht eine Rassenverachtung, die nicht nur in der europäischen Herrenklasse Wurzel gefaßt hat, sondern beschämender Weise auch weite Schichten der weißen Arbeiterschaft beherrscht. MENSCHING zitierte das Wort eines Negerführers, das auf einem Kongress fiel:

„Die Rassenverachtung ist der Bumerang, der jetzt auf die weiße Rasse zurückkommt.“

Südafrika ist ein reiches Land:  $\frac{1}{17}$  von ihm gehört Europäern,  $\frac{1}{17}$  den Eingeborenen! Dabei sind nur  $\frac{1}{5}$  der Bewohner Europäer, die übrigen  $\frac{4}{5}$  sind Farbige. Die Arbeitsverteilung: die ungelernete Arbeit leistet der Neger, das Handwerk und der Kleinhandel wird von Asiaten und Mischvölkern ausgeübt, die sogenannten intellektuellen Berufe sind fast durchweg von Weißen besetzt.

Besonders krasse Beispiele der Kulturschande in den Kolonien:

1. Klassenjustiz: Ein Weißer erschießt im Zorn einen Neger. Urteil: Freisprechung; nicht einmal der Ruf des Weißen ist angetastet. In der Notwehr erschlägt ein Neger den weißen Herrn. Urteil: Todesstrafe.

2. Arbeitsverhältnisse: Für die farbigen Arbeiter werden große Mietskasernen gebaut, die nach außen nur einen Ausgang haben; dieser Ausgang wird ständig militärisch bewacht.

3. In Johannesburg ist die Kindersterblichkeit bei den Farbigen 8 bis 9mal größer als bei den Weißen.

4. Die englische Regierung gibt für jedes Kind der Weißen monatlich 45 Mark an Schulgeld aus, für jedes Kind der Farbigen nur 25 Pfennige.



Von B. Traven (Erschienen in der Büchergilde Gutenberg)

(3. Fortsetzung)

„Halt, halt“, unterbrach ihn Sonor Perez mit einem Tone, wie man zu einem Kranken redet, den man nicht aufregen darf. „Doch, Hacinto, Sie können verkaufen.“

„Nein, ich kann nicht“, sagte der Indianer eigensinniger als vorher. „Ich habe kein Recht dazu. Das Land gehört nicht mir.“

„Kommen Sie mir abermals mit diesem Unsinn. Ich habe die Register durchgesehen und gefunden, das Land gehört Ihnen. Die Titel sind in der besten Ordnung. Habe nie so gute und reine Rechtstitel gesehen. Das Land gehört Ihnen, Sie können damit machen, was Sie wollen. Verkaufen oder verschenken oder verpachten.“

„Aber meine Compadres und die, die nachkom — — —“

Senor Perez, geübt in den Kniffen des geschickten Anwalts, ließ dem Indianer keine Zeit, sich wieder in dem alten hartnäckigen Gedanken festzusetzen. Er wußte schon, was wieder folgen würde, und er griff darum gleich an: „Alle die Männer der Familien, die Sie hier auf der Hacienda haben, bekommen Arbeit in den Kamps der Condor Co. Das verspreche ich Ihnen. Ich bringe das mit als Kaufbedingung in den Kontrakt. Die Leute sollen keiner weniger als drei Pesos verdienen, und wenn sie anständig sind und sich eingearbeitet haben, vier und fünf Pesos.“

„Ja, das glaube ich“, meinte Hacinto, „soviel verdienen die Peons in den Kamps. Der Muchacho, der Junge vom José hier, arbeitet in einem Kamp, er will Geld verdienen, weil er heiraten will und der Schwiegervater eine Kuh als Gabo für das Mädchen verlangt. Aber der Marcos, der auch in einem von den Kamps gearbeitet hat, ist wieder hier. Er sagt, er will nie wieder in ein Kamp gehen, und wenn man ihm zehn

Pesos gibt. Er will lieber hierbleiben, auf dem Land. Er sagt, er war immer traurig im Kamp, und hier lacht er immer.“

„Er ist eben ein Dummkopf, der Bursche. Man muß sich gewöhnen können, wenn man Geld verdienen will“, sagte der Licenciado. Und er hatte recht. Wie alle seines Berufes.

Er lenkte nun zur Abwechslung das Gespräch auf eine andere Bahn: „Wenn Sie hier das viel Geld haben, Hacinto, dann können Sie sich ein Automobil kaufen.“

„Ich brauche kein Automobil“, sagte Hacinto gleichgültig. „Aber, Mann, Hombre, dann können Sie doch in einer halben Stunde in Tuxpam sein.“

„Ich will aber gar nicht in einer halben Stunde in Tuxpam sein. Ich will ja mit den Leuten am Wege sprechen und sehen, wie ihr Mais steht und was die Kleinen machen, die ich alle kenne, und ich will sehen, ob die blauen Buschblumen schon heraus sind und ob die großen Schildkröten an der Laguna Eier gelegt haben und ob der schwere Mahagonibaum, der vor Jahren abbrach und sich quer über den Weg legte, noch immer nicht verfaulen will. Ich habe schon zweimal Feuer untergelegt, damit er durchbrennen soll. Aber er brennt nicht durch, und wir müssen nun immer herumreiten.“

„Estupido, stupid, stupid“, sagte Senor Perez halblaut, und dann laut: „— aber sehen Sie, in einem Automobil — —“

„Wenn ich nach Tuxpam will, um Schweine zu verkaufen oder um einen neuen Hut für Nazario mitzubringen, dann nehme ich den gelben Macho und reite früh um halb vier fort und bin um neun in Tuxpam. Das ist mir dann gerade Zeit genug. Und ich habe alles auf dem Weg gesehen, und ich habe mit Rafael gesprochen, der sich ein neues Dach auf den Jacal, auf sein Haus, gelegt hat, weil das alte zu alt war und durchregnete. Dann bin ich immer noch zeitig genug in Tuxpam — ich brauche kein Automobil. Wirklich nicht, Licenciado.“

Senor Perez sah sich wieder einmal hoffnungslos, und es kostete ihn ersichtlich große Mühe, eine neue Idee zu finden, um Hacinto den Besitz vielen Geldes verlockend zu machen. Ehe er aber etwas Neues sich ausdenken konnte, das Hacinto der Welt der Goldmacher vielleicht hätte näherbringen können, hatte der Indianer endlich eine Antwort gefunden auf das Angebot, alle Compadres als Arbeiter in den Oolkamps

5. Bei den Bauten der Eisenbahnen und Straßen sind die eingeborenen Arbeiter an den harten Arbeitsbedingungen zu Zehntausenden gestorben.

Die gemeinsame Not und der gemeinsame Wille, die Zustände zu bessern, haben die Neger und die eingewanderten Asiaten, Chinesen und Inder, zu einem Bündnis gebracht. Sie haben gemeinsame, wenn auch zahlenmäßig noch schwache Gewerkschaften gegründet.

Zum Schluß sprach MENSCHING von den 28 Millionen Neger, die in Amerika wohnen.  $\frac{1}{4}$  Million lebt in New York, in ihrem eigenen Stadtviertel, dem „Harlem“. Von hier geht der Befreiungskampf der Neger aus. MENSCHING erinnerte an Tatsachen, die uns bekannt sind, an die verachtete Lage der Neger in Amerika, an die Lynchjustiz, von der sie bedroht sind, an die acht jungen, unschuldig zum Tode verurteilten schwarzen Genossen, die im Gefängnis zu Scottsboro liegen.

Die Einigung der Arbeiter aller Länder ist nur möglich, wenn wir europäischen Proletarier es lernen, Weltbürger zu sein. Nur so können wir uns die Achtung und das Vertrauen der farbigen Genossen wiedererwerben, das die weiße Rasse durch ihre Kolonisationsmethoden und ihren Hochmut verspielt hat.

## Demokraten über ihr eigenes Erzeugnis.

„Die Erfahrungen einer ganzen Reihe von siegreichen Diktatoren in mehreren Ländern zeigen, daß eine kleine Parteigruppe nahezu unwiderstehlich ist, wenn sie sich die Kontrolle der modernen Waffen sichert und wenn sie entschlossen ist, sich ihrer auch wirklich zu bedienen. Die Lehre des Neo-Machiavellismus behauptet überdies, daß die siegreiche Gruppe, welche völlig skrupellos vorgeht, ihren Terrorismus und infolgedessen auch ihre Macht konsolidiert, indem sie die feindlichen Parteien und ihre Organisationen ihrer Führer beraubt und damit enthauptet. Die ‚Unterdrückung‘ KARL LIEBKNECHTS und ROSA LUXEMBURGS hat den Kommunismus in Deutschland auf lange Jahre hinaus gelähmt. Die Ermordung ERZBERGERS und RATHENAU und der natürliche, aber verfrühte Tod STRESEMANNs und BRIANDs sind die größten Siege des deutschen Nationalismus. Es ist anzunehmen, daß man auf dem Wege der Rationalisierung des Todes noch entscheidendere Ergebnisse suchen wird. Es wäre naiv, wenn man bezweifeln wollte, daß MATTEOTTI am Tage nach einem legalen Triumph HITLERS in Deutschland zwanzigmal ermordet würde.“

Das sind die Erkenntnisse eines Blattes („Neue Zürcher Zeitung“), das von jeher als Vorkämpfer der Demokratie in der ohnehin sehr demokratenfreundlichen Schweiz gilt.

Wann werden Demokraten aus solchen Erkenntnissen auch die richtigen Folgerungen ziehen?

Ein Flugzeug mit verstellbaren Tragflächen wird am 2. Mai um 17 Uhr im Tempelhofer Flughafen vorgeführt werden.

Um 20 Prozent ermäßigte Sommerurlaubs-Fahrkarten gibt die Reichsbahn für die Zeit vom 1. Juni bis 15. Oktober aus. Dabei muß die Reise über mindestens 200 km gehen. Die Karten haben eine Geltungsdauer von zwei Monaten. Die Rückreise darf nicht vor dem 11. Geltungstage angetreten werden.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Göttingen: Freitag, den 29. April, 20.15 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims. Thema: „Die politische Lage und der 1. Mai.“

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Berlin: Freitag, den 29. April, um 20 Uhr, im „Harkeschen Hof“, Rosenthaler Straße 40 (Nähe Bahnhof Börse): Öffentliche Mai-Kundgebung.

unterzubringen. Er konnte im Kopf nicht so schnell arbeiten wie ein Licenciado, der darin geübt war. Bei ihm dauerte es länger. Aber obgleich es länger dauerte, so traf er dennoch den Punkt. Und er traf ihn genauer, als Senor Perez erwartet hatte.

Er sagte: „Das ist ja recht gut, wenn die Männer Arbeit in den Kamps bekommen. Es kann ja sein, daß sie dort arbeiten können und Geld verdienen. Aber wenn der Brunnen gebohrt ist, dann ist doch keine Arbeit mehr für die Leute. Dann bekommen sie auch kein Geld mehr.“

„Die Company bohrt nicht nur hier Brunnen, sie hat sehr viel Land. Da werden die Leute von hier hingeschickt.“

Hacinto aber war jetzt durchaus auf dem richtigen Wege. Denn er sagte: „Dort aber, wo die Leute hingeschickt werden, sind dann doch die Leute von dem Land, die Arbeit haben wollen. Was tun dann die?“

Senor Perez fühlte, daß er überrumpelt war. Er fand hier nicht heraus. Ohne viel darüber nachzudenken, platzte er heraus: „Jene Leute müssen dann oben weiter gehen, und sehen, wo sie Arbeit finden.“

„Aber man hat ihnen doch ihr Land weggokauft, wie können sie denn nun leben, wenn die Männer von hier kommen? Sie haben doch kein Land mehr. Die müssen doch alle sterben, wenn die Männer von hier kommen. Es wird auch nicht ewig gebohrt. Einmal ist es doch alle, das Oel. Dann haben alle Männer vergessen, wie man Mais baut.“

Einfach wie alle Probleme waren, wenn Land genug da war und die Leute verstanden, es zu bebauen, so verwickelt wurden plötzlich die einfachsten Fragen, sobald die Leute aus ihrer Erde herausgerissen wurden. Das sah jetzt selbst Senor Perez ein. Der Indianer hatte ihn völlig aus seiner sicheren Stellung innerhalb der menschlichen Gesellschaft geworfen. Er hatte ihn selbst aus allen den Weisheiten hinausgeschleudert, die sich Senor Perez in Schule und Leben erworben hatte. Hätte er einem andern Licenciado, einem andern gebildeten Mann, ja hätte er nur einem Kaufmann aus einer größeren Stadt sich gegenüber gesehen, dann hätte er mit diesen Problemen irgendwie fertig werden können. Mit einem andern Manne, der in der Stadt, in städtischen Erwerbsmöglichkeiten lebte, hätte er diese Frage besprechen können.

(Fortsetzung folgt.)

# Oekonomischer Unfug überall!

## Der Beamte entscheidet.

### Ein Bericht der Wiener „Arbeiter-Zeitung“.

In der Wiener „Arbeiter-Zeitung“, dem Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie, Nr. 103, vom 13. April 1932, lesen wir:

„Wenn ein Oesterreicher eine ausländische Zeitschrift abonniert hat und die Bezugsgebühr in der Höhe von fünf Mark nach Deutschland schicken will, so braucht er dazu die Erlaubnis der Nationalbank. Wenn ein Oesterreicher eine Geschäftsreise bis Brünn oder Oedenburg unternehmen und einen Betrag in tschechischen Kronen oder in ungarischen Pengö mitnehmen will, so braucht er dazu die Erlaubnis der Nationalbank. Wenn eine Zeitung einem ausländischen Mitarbeiter sein Honorar, ein Kaufmann seinem Handelsreisenden im Ausland seine Provision anweisen will, so brauchen sie dazu die Erlaubnis der Nationalbank. Wenn ein Kaufmann aus dem Ausland Waren bezogen hat und seine Schuld bezahlen will, so braucht er dazu die Erlaubnis der Nationalbank. Wenn ein Unternehmer österreichische Waren in das Ausland ausführt, so muß er das ausländische Geld, das er für die Waren bekommt, der Nationalbank abliefern; will er aber die Bezahlung in österreichischen Schillingen annehmen, so braucht er dazu die Erlaubnis der Nationalbank. Will jemand mit einem Ausländer ein Warentauschgeschäft machen, also eine Ware in das Ausland ausführen und mit dem Erlös ausländische Waren kaufen und sie nach Oesterreich einführen, so braucht er dazu die Erlaubnis der Nationalbank.“

Die Nationalbank ist jetzt der Diktator des österreichischen Wirtschaftslebens;

auf Schritt und Tritt braucht jeder Industrielle, jeder Gewerbetreibende, jeder Kaufmann zu jedem einzelnen Geschäft ihre Genehmigung.

Man muß sich nur einmal anschauen, wie sich das abspielt. Da drängen sich täglich vormittags die Industriellen, die Kaufleute, ihre Angestellten in dem großen Gebäude der Nationalbank. Sie drängen sich vor den Schaltern und suchen dort den Beamten klarzumachen, daß die Geschäfte, um deren Genehmigung sie ersuchen, notwendig sind. Da steht ein Kaufmann vor einem Schalter und sucht dem Beamten zu beweisen, daß die ausländische Ware, für deren

Bezug er ausländisches Geld braucht, wirklich notwendig sei und nach Oesterreich eingeführt werden müsse;

der Beamte entscheidet darüber, obwohl er eine solche Ware nie gesehen und obwohl er keine Ahnung hat, ob solche Waren auch in Oesterreich erzeugt werden.

Da steht ein Unternehmer an einem anderen Schalter und sucht den Beamten zu überzeugen, daß er seine Ware im Ausland nicht absetzen kann, wenn man ihm nicht erlaubt, die Bezahlung in Schillingen vorzunehmen; der Beamte entscheidet, obwohl er die Absatzverhältnisse auf dem ausländischen Markt gar nicht beurteilen kann. Es ist eine unerträgliche Diktatur des Dilettantismus, die auf diese Weise entstanden ist.

Man hat unseren Export durch diese Methoden der Devisenbewirtschaftung schon beinahe vollständig erschlagen. . . .

Der Wahlag am 24. April muß uns auch von diesen wirtschaftsmordenden Methoden der Devisenbewirtschaftung befreien. Er muß endlich gegen den rasenden Dilettantismus im Finanzministerium und gegen die kurzsichtige Engherzigkeit der Nationalbank die Erkenntnis durchsetzen, daß man eine Währung nicht dadurch retten kann, daß man die Volkswirtschaft ruiniert.“

Wir halten fest: Anhänger des Kollektivismus bezeichnen die Abhängigkeit der Einzelnen von Beamten im Fall der kollektiven Devisen-Bewirtschaftung als „unerträgliche Diktatur des Dilettantismus“. Wir hoffen: die Redakteure der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ halten sozialistische Beamte einer zentralen Planstelle nicht ohne weiteres für weniger dilettantisch als christlich-soziale Beamte. Wir hoffen ferner, daß sie nach der Wahl nicht vergessen, was sie vor der Wahl gesagt haben, insbesondere aber, daß sie die Lehren des planwirtschaftlichen Anschauungsunterrichtes, den sie heute in Oesterreich genießen, dann nicht vergessen, wenn sie darüber nachdenken, wie die sozialistische Wirtschaft aussehen soll!

Rpt.

## Profitbeschaffung statt Arbeitsbeschaffung.

### Subventionen an den Rübenbau in England.

Der Zuckerrübenbau in England ist mit vieler Mühe und mit viel Geld vom Parlament hochgezogen worden. 1930 waren in ihm fast 10 000 Arbeiter beschäftigt. Diese Tatsache wird nun als Beweis für die Berechtigung der Zuckersubvention benutzt.

Die Zuckerrübenbauer behaupten, die Beschäftigung dieser 10 000 Arbeiter sei erkaufte worden mit einer Steuer von einem Viertel Penny (etwa 1/4 Pfennig) pro Pfund Zucker. Das scheint wirklich wenig zu sein; ja, es erscheint sogar erstaunlich, daß eine so geringe Subvention hinreicht, um eine an sich völlig unrentable Industrie auf den Beinen zu halten. Wenn man die Sache etwas näher betrachtet, verwandelt sich denn auch der Viertel Penny in 1,4 Penny; denn etwa ein Viertel Penny wird für jedes Pfund Zucker bezahlt, das in England überhaupt verkauft wird, aber nur etwa ein Fünftel davon wird in England produziert. Die Subvention reicht nicht nur hin, die Industrie auf den Beinen zu halten, sie reicht sogar hin, an die Aktionäre Millionen von Pfund zu verteilen, die, wie eine englische Zeitung richtig schreibt, nicht in Feld und Fabrik, sondern im Parlament herausgewirtschaftet werden. Allein die ausländischen Aktionäre haben seit der Einführung der Subvention (im Jahre 1926) 1 Million Pfund, das sind 20 Millionen Mark, an Dividenden erhalten.

Aber scheint es nicht doch, gerade zu Zeiten großer Arbeitslosigkeit, einen Sinn zu haben, eine Industrie zu subventionieren, die 10 000 Arbeiter beschäftigt? Sehen wir uns die Kosten dieser Subvention etwas genauer an.

Ein Zentner zollfrei eingeführter Rohzucker kostet nicht ganz 5 Schilling. Die Produktionskosten für einen Zentner Zucker in England betragen über 20 Schilling.

Zum Ausgleich zahlt nun der Staat für jeden Doppelzentner 12—16 Schilling.

Mit anderen Worten: mehr als die Hälfte der Produktionskosten für Zucker in England werden vom Staat bezahlt. Für jeden Arbeiter, der in der Zuckerindustrie beschäftigt ist, gibt der Staat jährlich 300 Pfund aus. Die meisten sind Landarbeiter, die einen Wochenlohn von 25—30 Schilling erhalten, also ungefähr ein Viertel dessen, was der Staat an Subventionen pro Arbeiter ausgibt! Wenn diese Subventionen nicht zur Züchtung des Rübenbaus, sondern zu anderen Zwecken verwandt würden, oder wenn für diese Summe die Steuern herabgesetzt würden, könnten nicht nur 10 000, sondern 35 000—40 000 Arbeiter mit Hilfe dieser Subventionen beschäftigt werden. Nicht nur das. Wenn England keinen eigenen Rübenbau hatte, sondern Zucker einfuhrte, ergäbe sich der weitere Vorteil, daß die Krise in den zuckererzeugenden Rohstoffländern etwas gemildert würde.

Die Subventionspolitik erstreckt sich nicht nur auf den Rübenbau. Besondere Summen werden ausgegeben und Krediterleichterungen werden geschaffen für die Erstellung von Zuckerraffinerien in der Nähe der Rübenfelder. Gleichzeitig machen die Raffinerien, die vor Züchtung des Rübenbaus in England den eingeführten Rohzucker verarbeiteten, bankrott.

Welches sind die Gründe für diese Zuckerpolitik? Es ist schwer, sie ganz zu durchschauen. Gewiß ist aber, daß hier die Großgrundbesitzer ihre Hand im Spiel haben; denn sie sind ja diejenigen, die den größten Teil dessen ernten, was im Parlament für den Rübenbau gesät wird! Me.

## Getreidepreis-Politik in Spanien.

### 5 Gesetze, 71 Dekrete, 81 Anordnungen.

Schon im Januar haben sich in einigen Provinzen Spaniens Klagen darüber vernehmen lassen, daß die Getreide- und Mehlpreise merklich anziehen und dadurch auch den Brotpreis in Gefahr bringen. Ja, an einigen Stellen machte sich ein ausgesprochener Getreidemangel bemerkbar. Eine Brotverteuerung bedeutet aber in Spanien für die ohnehin äußerst arme Bevölkerung eine unerträgliche Last und würde die Unruhe im Lande steigern.

Die Getreideeinfuhr nach Spanien ist überhaupt unterbunden. Nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Ministeriums darf Getreide eingeführt werden. Die Folgen dieses Einfuhrverbots zeigen sich natürlich in dem Augenblick, in dem die Reste der vorjährigen Ernte knapper werden. Obwohl nach Berechnung des Landwirtschaftsministers noch fast die Hälfte der vorjährigen Ernte, also noch fast 2 Millionen Tonnen, vorhanden sein müßten, hat die vom Minister angeordnete Bestandaufnahme nur unzureichende Mengen ans Tageslicht gebracht. Man muß also annehmen, daß zum Zwecke der Preissteigerung Getreide zurückgehalten wird. Der Minister hat sich auf Grund der Bestandaufnahme veranlaßt gesehen, die Einfuhr von 50 000 Tonnen Getreide zu genehmigen, und zwar soll, wie ein Dekret bestimmt, das Getreide nicht unter 53 Pesetas (17—18 Mark) für 100 kg auf den Markt kommen.

Gegen diese Einfuhr hat bereits der Präsident der Landwirtschaftskammer Protest eingelegt mit der Begründung, daß noch genug Getreide da sei. Er weiß es also! Daraus ergibt sich, daß die Bauern den Minister kräftig angeschwindelt haben, als sie ihm die Bestandaufnahme ausfüllten.

Die Opfer der betriebenen Preispolitik sind die kleinen Bauern und die Arbeiter. Es ist bezeichnend, daß gerade in

## Eine Stimme der Vernunft aus Frankreich.

Der Präsident des Zentralverbandes der französischen Wollindustrie, MATHON, trat bisher als Einziger dem Präsidenten des Verbandes französischer Industrieller entgegen, der seinerseits für Schutzzölle, Ein- und Ausfuhrverbote und Kontingente eintritt. MATHON sagte in einem Vortrag am 17. März (nach der „Frankfurter Zeitung“):

„Der Wirtschaftsnationalismus macht immer fürchterlichere Fortschritte. Von allen Seiten hört man die Türen zuschlagen, und es ist kaum übertrieben zu sagen, daß alle Völker sich heute bereits in einem latenten Zustande des Wirtschaftskrieges befinden. Alle Nationen, ohne Ausnahme, tragen ihren Teil Schuld an diesem Zustande, denn alle Nationen haben ihrem übertriebenen Egoismus freien Lauf gelassen und sich daran gewöhnt, die ausländischen Waren als Konkurrenz und die ausländischen Kaufleute als Eindringlinge anzusehen. Auf jede Zollerhöhung in einem Lande folgen zwangsläufig Repressalien in den betroffenen Ländern. Aber es geht um den Zollerhöhungen wie mit der Inflation: Ihre Wirkungen verringern sich zusehends, denn sie führen unabwiesbar zu Preiserhöhungen in den Ländern, die sie anwenden; sie verringern die Ausfuhr und infolgedessen die heimische Kaufkraft. Drum ist man auch zu einem anderen Mittel übergegangen: den Kontingenten, die man kreuz und quer überall angewandt hat, ohne damit jedoch die Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Und noch immer erklären sich die Anhänger des wirtschaftlichen Malthusianismus nicht für befriedigt. Schon spricht man davon, die Politik des Tauschhandels einführen zu wollen und die Einfuhr aus einem Lande nur dann zuzulassen, wenn es eine gleiche Menge französischer Waren kauft. Hypnotisiert von dem Defizit der Handelsbilanz vergessen unsere Neo-Merkantillisten übrigens, und zu sagen, wie bei diesem System die Aufwendungen der Touristen oder die Einlösung der Kupons von Wertpapieren, die unser Volk besitzt, geregelt werden sollen. Sie sagen auch nicht, ob wir auf einen Teil unserer Ausfuhr in die Länder, denen gegenüber wir einen Ausfuhrüberschuß haben, verzichten sollen.“ Man glaubt zu träumen, wenn man solche albernes Geschwätz ernstlich diskutieren hört. Sollten solche Ideen jemals triumphieren, so bliebe nichts übrig, als zum völligen Einfuhrverbot überzugehen.

Dann werden die Menschen und Waren zu zirkulieren aufhören. Die aufgedockten Schiffe werden verrotten. Argentinien wird auf seinen Weizenvorräten erfrieren und England an seinen Stofflagern verhungern. — Es ist Zeit, es ist höchste Zeit, gegen diesen Kollektiv-Selbstmord sich zur Wehr zu setzen.“

## Eine vernünftige Tat in der Schweiz.

Die Fleischpreise in der Schweiz sind unermesslich hoch. Die Vergleichung mit den Preisen in Frankreich hat zum Protest hervorgerufen. Daraufhin wurde das Verbot der Einfuhr von Klautentieren und landwirtschaftlichen Produkten deutscher Herkunft mit Wirkung vom 1. Mai in allen Teilen aufgehoben.

der Provinz Sevilla der Getreidemangel katastrophal ist und in einem Maße, daß der Gouverneur sich gezwungen sah, telephonisch an die Bürgermeister die Anweisung zu geben, kein Getreide dürfe aus der Provinz ausgeführt werden. Man geht kaum fehl, wenn man annimmt, daß neben der Interessenpolitik der Großgrundbesitzer, durch Zurückhaltung des Getreides den Preis zu steigern, auch der Wille bestimmt ist,

die Republik zu sabotieren und durch Preissteigerungen gerade in jener Provinz, wo sich gegenwärtig einer der gefährlichsten Aufstandsherde befindet, die Schwierigkeiten noch zu erhöhen.

Der Landwirtschaftsminister ist Mitglied einer Partei, die sich radikal-sozialistisch nennt. Wenn er eine sozialistische Politik im Ernst betreiben wollte, dann könnte er sehr schnell das von den Großgrundbesitzern versteckte Getreide herauslocken. Aber ihm ist es um die Hebung der „nationalen Wirtschaft“ zu tun. Die Vorteile dieser nationalen Wirtschaft kommen natürlich nur denen zu gute, die im Staate die heimlichen Machthaber sind und deren Schachfigur der „sozialistische“ Landwirtschaftsminister ist.

Die Absicht, vom Ministerium aus die Landwirtschaft zu dirigieren, hat einen ausgedehnten Bürokratismus zur Folge. Fast alle Ministerien haben sich in irgend einer Form in die Verhältnisse der Landwirtschaft eingemischt und sind mit Dekreten und Verordnungen verschwenderisch umgegangen. Bis Ende 1931 sind 5 Gesetze, 71 Dekrete und 81 Anordnungen erlassen worden. Zahlen, die deutlich zeigen, in welchem Maße Staatseingriffe in Spanien vorgenommen werden.

H. P.

## Tötet den Außenhandell

Oesterreich: Der Ministerrat hat eine Verordnung über den Bezug von Schmiedekohle beschlossen. Demnach müssen unmittelbar nach Inkrafttreten der Verordnung 50 Prozent, und vier Monate später 75 Prozent aller Schmiedekohle inländischer Herkunft sein.

Lettland: Nachdem die Regierungsmehrheit des Parlaments in einer Sondersitzung den Wunsch der Staatsleitung um Verdoppelung bis Verfünftelung der bestehenden Zollsätze für die wichtigsten Einfuhrwaren gebilligt hat, ist der Gesetzentwurf zunächst dem Wirtschaftsausschuß des Parlaments zur Begutachtung zugegangen.

Eine Zollerhöhung bis 100 Prozent wird zum Beispiel vorgesehen für Getreide, bis zu 150 Prozent für Eisenwaren, bis zu 300 Prozent für Kaffee, Tee, Schokolade und Bauziegel, bis zu 400 Prozent für Kakao, Uhren und deren Teile.

## Folgen des Unfugs.

Oesterreich: Im März ist die Ausfuhr, verglichen mit dem März des Vorjahres, von 114 Millionen Schilling auf 67 Millionen Schilling gefallen, die Einfuhr von 177 auf 134 Millionen Schilling. Der Einfuhrüberschuß ist allen Bemühungen zum Trotz um 4 Millionen Schilling größer als im Vorjahr! — Die Ausfuhr nach Deutschland ist auf die Hälfte, die Ausfuhr nach England auf ein Fünftel gesunken!

## 8000 Prozent.

Wie die „Deutsche Ärzte Zeitung“ schreibt, werden von der I. G. - Farbenindustrie hergestellte Salvarsanpräparate, deren Herstellungspreis 200 Mark beträgt, an die Verbraucher zu 16 000 Mark abgeben. Das gleiche deutsche Salvarsan kann man in Belgien trotz eines hohen Zollaufschlages um ein Drittel billiger als in Deutschland kaufen.

## DEUTSCHLAND

Reichsbank-Diskontsatz gesenkt. Die Reichsbank senkte mit Wirkung vom 28. April den Diskontsatz von 5/8 auf 5 Prozent. — Die ausbleibende Frühjahrshebung der Wirtschaft kann auch durch Diskontsenkung nicht hervorgerufen werden!

Erfahrungen mit dem Elbeschiffahrtskartell: Alle ausgeklügelten Maßnahmen und der vom Staat ausgeübte Zwang schienen ergebnislos zu bleiben. Schiffsbesitzer, die vor längerer Zeit ihre Kähne von der Elbe nach dem Rhein verlegt hatten und außerdem aus steuerlichen Gründen holländische Flaggen aufgezogen hatten, gehen neuerdings dazu über, wieder auf der Elbe zu fahren. Da ihre Schiffe als ausländische Fahrzeuge gelten, besteht vorläufig keine Möglichkeit, sie unter die deutschen Vorschriften und in das Elbekartell zu zwingen. — Welche Maßnahme wird man nun hinzufügen?